

*Der rheinland-pfälzische Innenminister Bruch will die Ohren fluglärmterrorisierter Bürger mit Trostpflasterchen verkleben – Geldgeschenke an Gemeinden fürs Maulhalten!*

**LUFTPOST**

**Friedenspolitische Mitteilungen aus der  
US-Militärregion Kaiserslautern/Ramstein  
LP 112/06 – 14.10.06**

## **Mit Landesmitteln sollen Bürgerproteste gegen Fluglärm erstickt werden**

„Innenminister Bruch sagt Hilfe für Hütschenhausen zu“ lautet die Überschrift einer Mitteilung des Pressedienstes der rheinland-pfälzischen Landesregierung vom 12.10.06. Im Text heißt es u. a.:

*„Nach Bruchs Ansicht trage die Ortsgemeinde Hütschenhausen mit seinen Ortsteilen Katzenbach und Spesbach unmittelbar im westlichen An- und Abflugsbereich der Air Base Ramstein eine der Hauptlasten des Fluglärms nach dem Ausbau des Flugplatzes. Ein Erfolg sei, dass die US Streitkräfte auf sein Drängen zu der ursprünglichen nördlicheren Abflugroute „TOLEY“ zurückkehren konnten. Chancen für weitere Verbesserungen sehe er derzeit nicht. Für Hütschenhausen und Spesbach sei dies positiv, für Katzenbach räumte er Nachteile ein.*

*Die Zahl der Flugzeuge werde insgesamt nicht abnehmen. Deshalb sei es für ihn aber nur folgerichtig und geboten, diese Gemeinde nicht nur beim passiven Lärmschutz der Anwohner, sondern auch bei der Erhaltung der örtlichen Infrastruktur tatkräftig zu unterstützen.“*

Im Klartext besagt die etwas holprige Botschaft: Bruch habe darauf gedrängt, die Einwohner der Ortsgemeinden Hütschenhausen und Spesbach auf Kosten der Katzenbacher und damit auch der Weltersbacher etwas zu entlasten. Weitere „Verbesserungen“ in Sachen Fluglärm seien nicht zu erwarten, weil die Zahl der Flugzeuge nicht abnehmen werde. Eine Zunahme des Fluglärms durch mehr Starts und Landungen schließt der Herr Innenminister hingegen nicht aus.

Um weitere Proteste fluglärmterrorisierter Bewohner in der westlichen Einflugschneise der US-Air Base Ramstein im Keim zu ersticken, winkt Bruch mit „Geschenken“ aus dem Landessäckel. Wenn schon nicht alle Betroffenen Lärmschutzfenster beanspruchen können, will er einigen Gemeinden wenigstens Landesmittel für dringende Sanierungsmaßnahmen zukommen lassen – wenn der Kreis Kaiserslautern zustimmt.

Katzenbach soll Geld erhalten, damit es den Eingangsbereich seines Dorfgemeinschaftshauses sanieren kann. Die Katzenbacher werden also künftig wenigstens nicht mehr stolpern, wenn sie doch noch einmal zu einer Protestversammlung gegen den wieder erhöhten Fluglärm zusammenkommen. Sie sollten auch bessere Lärmschutzfenster für den Versammlungsraum beantragen, damit sie sich beim Überflug einer Galaxy nicht mehr so anschreien müssen.

Hütschenhausen soll bei der Neugestaltung der Einsegnungshalle auf dem Friedhof finanziell unterstützt werden. Falls einen Bewohner wegen eines plötzlichen auftretenden Lärmereignisses am Himmel der Schlag trifft, können sich die um ihn Trauernden wenigstens in würdevoll renovierter Umgebung von ihm verabschieden. Auch hier sollte an Lärmschutzfenster höchster Qualität gedacht werden, damit die tröstenden Worte des Geistlichen nicht im Gedröhn einer Globemaster untergehen.

Die Spesbacher Ortsdurchfahrt soll einen neuen Belag erhalten. Da der Fluglärm nach Bruchs Meinung nicht weiter zu verringern ist, sollen wenigstens die Fahrgeräusche der Autos durch die totale Beseitigung der Schlaglöcher etwas gedämpft werden. Die gut ausgebaute Straße könnte den Spesbachern auch die Flucht erleichtern, falls doch einmal eine Antonow in ein Wohngebiet abstürzen sollte.

Da sich der Kreistag mit dem Geschenkpaket des „Weihnachtsmannes“ aus Mainz befassen muss, sollten Vetreter bisher nicht bedachter, aber gleichfalls fluglärmgeschädigter Gemeinden vorsorglich schon einmal eigene Wunschzettel schreiben. Die Landtagsabgeordnete und Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion Margit Mohr kann sie dann in Mainz zur entgegenkommenden Bearbeitung an SPD-Innenminister Bruch übergeben.

Denkbar wäre auch die zentrale Beschaffung von Ohrstöpseln für alle Kreisbewohner und die Bereitstellung entsprechender Vorräte an Baldriantropfen, für den Fall, dass die Volkseele wegen des ständigen Fluglärmterrors doch einmal überkochen könnte.

Bruchs Pressemitteilung endet mit folgender Aussage:

*„Die Landesregierung will nicht nur mit Worten für die Akzeptanz des die Umgebung prägenden aber auch fördernden US-Flugplatzes werben, sondern – soweit ihre Möglichkeiten reichen – sich an ihren Taten messen lassen“, so Bruch abschließend.*

Hofft die Landesregierung, die Anwohner durch solche „Werbemaßnahmen“ an den US-Kriegsflugplatz Ramstein, den täglichen Fluglärmterror, die gesundheitlichen Belastungen und die ständig drohenden Gefahren für Leib und Leben gewöhnen zu können? Sind ihr die Geschäfte der relativ wenigen Profiteure wichtiger als das Wohlergehen der überwältigenden Mehrheit der Westpfälzer und Saarländer?

Wann verfolgt sie den schon vom vorigen Landtag erteilten Auftrag, den Abzug aller Atomwaffen aus Rheinland-Pfalz zu betreiben, endlich weiter? Wann schreitet sie dagegen ein, dass von der US-Air Base Ramstein ständig Angriffshandlungen ausgehen, die der Art. 26 unseres Grundgesetzes ausdrücklich untersagt?

Wenn alle US-Flüge über Rheinland-Pfalz, die in Zusammenhang mit laufenden und kommenden völkerrechts- und verfassungswidrigen Angriffskriegen stehen, verboten werden, reduziert sich der militärische Fluglärm schlagartig um über neunzig Prozent.

An Taten, die in diese Richtung führen, müssen sich die Herren Beck und Bruch, die anderen Regierungsmitglieder und alle Landtagsabgeordneten messen lassen. Mit „Bestechungsgeldern“ aus der Landeskasse können sie sich nicht von ihrer gemeinsamen Verantwortung für alle Vorgänge um die US-Air Base Ramstein freikaufen.

[www.luftpost-kl.de](http://www.luftpost-kl.de)

**VISDP: Wolfgang Jung, Assenmacherstr. 28, 67659 Kaiserslautern**